

Klaus Dörre

Gegenseitige Ablehnung? Zum SpannungsVerhältnis zwischen Jugendlichen und Gewerkschaften

Dr. Klaus Dörre, geb. 1957 in Volkmarsen-Külte, Studium der Politikwissenschaften und der Soziologie in Marburg, von 1991 bis 1996 wiss. Mitarbeiter am SOFI in Göttingen, ist seit 1997 Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Jena. Arbeitsschwerpunkte: Partizipatives Management, Globalisierung, Arbeitsbeziehungen im internationalen Vergleich, Jugend.

Daß Gewerkschaften Schwierigkeiten mit ihrem Nachwuchs haben, ist beileibe kein neues Phänomen. Sind die Jugendlichen - wie es bevorzugt in Zeiten des gesellschaftlichen Aufbruchs geschieht - aufmüpfig, so sehen sie

sich leicht mit disziplinierenden Interventionen der Erwachsenenorganisation konfrontiert. Verhält der Nachwuchs sich dagegen ruhig oder meidet er gar die Organisation, setzt bei aktiven Gewerkschaftern regelmäßig die Erinnerung an jene guten alten Zeiten ein, in denen alles besser, die Jugend politischer, die Gewerkschaftsarbeit interessanter war, und die Debatten fetziger waren. Solche Stereotype haben indessen mit der realen Gestalt der jungen Generation kaum etwas gemein, sie sind in erster Linie Ausdruck von Hoffnungen und Befürchtungen der Erwachsenen, die mit schöner Regelmäßigkeit in „die“ Jugend hineinprojiziert werden. Jenseits solch problematischer Generalisierungen stößt man allerdings auf Fakten, die den Schluß nahelegen, daß es sich bei den anhaltenden Organisations- und Mobilisierungsschwierigkeiten der Gewerkschaften im Jugendbereich um mehr als um eine zeitweilig ungünstige Konjunktur handelt.

1. Jugendliche contra Großorganisationen?

Im Grunde haben nahezu alle politischen und gesellschaftlichen Organisationen Nachwuchsprobleme. Den politischen Parteien droht Vergreisung; ihre Jugendverbände sind innerhalb der jungen Generation kaum noch verankert. In der weitgehend spontanen Streikbewegung der Studierenden spielen politische Hochschulorganisationen keine nennenswerte Rolle. Neue soziale Bewegungen, die am ökologischen Gesellschaftskonflikt oder an der Geschlechterfrage ansetzen, genießen zwar bei einem Teil der jungen Leute hohe Wertschätzung; die Zahl der Aktiven ist jedoch stark rückläufig. Es dominiert die Zuschauerperspektive, also Sympathie ohne aktive Beteiligung. Und selbst beim Thema Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, das viele Jugendliche zu Engagement motiviert hat, zeichnen sich z. B. mit der überdurchschnittlich hohen Repräsentanz junger Arbeiter in der Wählerschaft rechtsextremer Gruppierungen massive Gegentendenzen ab.

Solche Phänomene belegen, daß die Kluft zwischen der jugendlichen „Gesellschaft der Altersgleichen“ und dem für politische Partizipation im weitesten Sinne zuständigen intermediären Organisationssystem der Gesellschaft beständig größer wird. Seit den achtziger Jahren ist dieses Problem in zahlreichen Jugendstudien¹ untersucht und diskutiert worden. Hinsichtlich der Konsequenzen für gewerkschaftliche Organisierung und gewerkschaftliches Engagement kommen unterschiedliche Studien zu einem gemeinsamen Schluß: Jugendliche und junge Erwachsene begegnen Gewerkschaften mit einer Art *Dienstleistungsmentalität*. Zwar wird die Notwendigkeit von Gewerkschaften mehrheitlich nicht bezweifelt. Es gibt sogar empirische

¹ Zu den wichtigsten Untersuchungen der achtziger Jahre gehören u. a.: Jugend '81. Lebensentwürfe. Alltagskulturen, Zukunftsbilder. Hrsg. vom Jugendwerk der Deutschen Shell 3 Bde, Hamburg 1989; Jugendliche und Erwachsene '85. Jugendwerk der Deutschen Shell, 5 Bde, Hamburg 1985; Baethge, M. u. a., Jugend: Arbeit und Identität, Opladen 1989; Heitmeyer, W.: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen - Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. Weinheim 1987. Meine Ausführungen stützen sich auch auf eigene empirische Erhebungen, Vgl.: Dörre, K., Junge Gewerkschafterinnen, Münster 1995; Dörre, K. zus. mit Baethge, M., Grimm, A. u. Pelull, W, Jugendliche Angestellte, Opladen 1994.

Belege, daß die Bindekraft der Gewerkschaften im Vergleich zu anderen politischen Organisationen noch immer relativ stark und das Aktivitätspotential der organisierten Jugendlichen überdurchschnittlich groß ist.² Aber für das individuelle Handeln bleiben Partizipations-Bekundungen oftmals konsequenzlos. Die Akzeptanz gewerkschaftlicher Politik beschränkt sich häufig auf ein eng umrissenes Terrain (Tarifverhandlungen, klassische Schutzfunktionen). Sofern Jugendliche weitergehende Partizipationsansprüche und Veränderungswünsche artikulieren, sind Gewerkschaften nur in seltenen Fällen die Adressaten. Die Organisation erscheint vielen jungen Leuten als ferne Instanz, die man ähnlich wahrnimmt wie eine politische Partei oder eine andere offizielle oder halbstaatliche Einrichtung. Die bloße Mitgliedschaft sagt für sich genommen wenig über das innere Verhältnis zu Politik und Programmatik der Gewerkschaften aus. Oftmals werden Mitgliedschaft und Organisierung anhand des Kriteriums individuell erkennbarer Nützlichkeit bewertet. Als Beitragszahler bzw. -zahlerin möchte man etwas „für sein Geld bekommen“. Mehr noch: Gerade bei jungen Angestellten findet sich eine Haltung, die gewerkschaftliche „Dienstleistungen“ ohne eigene Gegenleistungen reklamiert. Man nimmt die Resultate von Tarifverhandlungen oder gewerkschaftliche Schutzfunktionen wie selbstverständlich in Anspruch, bringt sie aber nicht in einen Zusammenhang mit praktizierter Arbeitnehmersolidarität. Sofern junge Lohnabhängige die Möglichkeiten gewerkschaftlicher oder betrieblicher Interessenvertretung überhaupt in Anspruch nehmen, geschieht dies meist situativ, themenbezogen und ohne die Absicht, sich dauerhaft an eine Organisation zu binden. Diese Grundhaltung wird vor allem dort durchbrochen, wo aktive Betriebsräte, Jugendvertreter und Gewerkschaftsmitglieder präsent sind, die von den Jugendlichen als glaubwürdige Persönlichkeiten wahrgenommen und erlebt werden. Um so schwerer wiegt, daß sich die in ihrer „Scharnierfunktion“ außerordentlich wichtigen Jugendvertretungen - etwa im privaten Dienstleistungsbereich, aber auch im verarbeitenden Gewerbe - immer weniger selbstverständlich als betriebliche Multiplikatoren der Gewerkschaftspolitik verstehen. Jugendgruppen sind in den meisten Einzelgewerkschaften nicht mehr existent. In manchen Fällen haben selbstorganisierte Foren und Initiativen die gewerkschaftliche Struktur abgelöst, zumeist gibt es jedoch gar keinen Ersatz.

Nun ist die skizzierte Öienstleistungsmentalität seit vielen Jahren bekannt; wahrscheinlich hat sie sich ausgebreitet und erfaßt zunehmend auch jene Organisationsbereiche der Gewerkschaften (z. B. die Post), die sich bislang vom allgemeinen Trend abkoppeln konnten. Diese Entwicklung steht jedoch nach wie vor in deutlichem Kontrast zu hoher Engagement- und Partizipationsbereitschaft in Teilen der jungen Generation. So konstatiert die Shell-Studie Jugend '97 zwar eine stärkere Verbreitung der sozialen Orientierungsmuster „Privatisierung“ und „Anpassungsbereitschaft“, gepaart mit wach-

² Vgl: Schneider, H., Politische Partizipation - zwischen Krise und Wandel, in: Hoffmann-Lange, U. (Hrsg.): Jugend und Demokratie in Deutschland. DJI-Jugendsurvey 1, Opladen 1995, S. 275 - 336, besonders: S. 286, 289.

sender Distanz zur offiziellen Politik. Die Autoren führen solche Haltungen jedoch wesentlich auf einen Negativzirkel zurück, bei dem ein „erlebtes Desinteresse der Politik an der Jugend verbunden mit dem Gefühl, daß die Erwachsenengeneration die Bedürfnisse der Jugendlichen unberücksichtigt läßt, zu politischer Entfremdung führt“.³ Mit anderen Worten: Die Ignoranz der offiziellen politischen Institutionen gegenüber Jugendlichen und deren Interessen verstärkt Ohnmachtsgefühle und provoziert Abkehr vom intermediären Organisationssystem der Gesellschaft. Und doch sind „politisch entfremdete“ Jugendliche alles andere als unpolitisch. Mit vielen Altersgenossen teilen sie ein Politikverständnis, das auf Eigeninitiative, auf selbstorganisiertes Engagement für sich und andere außerhalb der etablierten Organisationen setzt. Themen und Anlässe von Aktivitäten variieren, aber der Anspruch, selbst über Formen und Inhalte des eigenen Engagements entscheiden zu können, bleibt konstant. Und während das Vertrauen in offizielle politische Institutionen abnimmt, wächst sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland die verbale Befürwortung von Aktionen zivilen Ungehorsams.⁴

Sind sich die Interpreten in ihren Beschreibungen weitgehend einig, so scheiden sich die Geister, wenn es um die Bewertung der „vagabundierenden Solidarität“ Jugendlicher geht. Den populären Klagen über Solidaritätsverlust und Wertezersfall halten Optimisten wie der Soziologe Ulrich Beck entgegen, die „Spaßkultur“ der Jüngeren sei eine „bunte Rebellion gegen Stumpfsinn und Pflichten“, die den Jugendlichen von der Erwachsenengeneration aufgeherrscht würden. Wo andere massive Entsolidarisierung oder gar Keime eines antidemokratischen, autoritären Bewußtseins vermuten, spricht Beck von „Kindern der Freiheit“, von geborenen Demokraten, die aus der „Zwangsvergemeinschaftung der Großorganisationen“ ausgebrochen sind und mit ihrer Variante der „Anti-Politik“ den „in sich kreisenden Institutionen des Lebens entziehen.“⁵ Ich teile diese Sicht, soweit sie ein - auch in den Gewerkschaften noch immer präsent - organisationsborniertes Politikverständnis attackiert, welches Engagement mit Mitgliedschaft und Sozialität mit Selbstaufopferung verwechselt. Und wie Beck meine ich, daß Streben nach Selbstentfaltung, beruflichem Erfolg und Ausweitung persönlicher Freiheiten die „Sorge für andere“ keineswegs ausschließt. Wie bei jeder Medaille gibt es jedoch auch eine Kehrseite. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre konnte sich die Gleichsetzung von Freiheitsgewinn und Individualisierung auf die empirische Gestalt einer Jugendgeneration berufen, der in ihren engagierten Teilen eine neuartige Synthese von individualisierter Lebensführung und Bewegungssolidarität zu gelingen schien. Es waren an Selbstentfaltungswerten orientierte Jugendliche und junge Erwachsene, die maßgeb-

3 Fischer, A., Engagement und Politik, in: Jugend '97. Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.). Opladen 1997, S. 303-377, hier: S. 319 f.

4 Silbereisen, R.K./Vaskovics, L.A./Zinnecker, J. (Hrsg.): Jungsein in Deutschland, Opladen 1996, S. 99 - 111.

5 Beck, U, Kinder der Freiheit: Wider das Lamento über den Werteverfall, in: ders. (Hrsg.). Kinder der Freiheit, Frankfurt/M. 1997, S. 9 - 33, hier: S. 14 f.

lich zur Politisierung globaler Risiken beitragen und mit den Grünen einer neuen politischen Formation zum Durchbruch verhelfen. In der jüngeren Vergangenheit ist das Pendel offenbar in die entgegengesetzte Richtung ausgeschlagen. Der Motor der Individualisierung läuft weiter; im Bildungssektor oder auch im privaten Alltag werden Individualisierungsprozesse noch beschleunigt. Doch zugleich ist soziale Unsicherheit zu einer generationsprägenden Schlüsselerfahrung der Jugend der neunziger Jahre geworden. *Beschleunigte Individualisierung bei sich verschärfenden sozialen Ungleichheiten* —, das ist die paradox anmutende Konstellation, mit der sich die Gewerkschaften (nicht nur) im Jugendbereich konfrontiert sehen. Meine These ist, daß dies zur Repolitisierung ureigenster Themen der Gewerkschaftsbewegung (Verteilungsgerechtigkeit, Chancengleichheit) führen wird, ohne daß die sozialen und kulturellen Grundlagen tradierter Formen von Arbeitnehmersolidarität wiederhergestellt werden können. Zugespißt formuliert: Soziale Unsicherheit und Desintegration werden zu einer Generationserfahrung; doch den Jugendlichen stehen kaum regulative Ideen zur Verfügung, die eine *kollektive Bearbeitung* dieser Erfahrungen nahelegen würden. Trotz des Problemdrucks alter und neuer sozialer Fragen scheint der Übergang vom Ich zum solidarischen Wir für viele junge Leute blockiert - ein beunruhigendes Phänomen, das am Fundament des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses rüttelt.

Unsicherheit als Schlüsselerfahrung oder:
die „Kinder der Standortdebatte“

Wenn Individualisierung heute in Teilen der jungen Generation als Entsolidarisierung, Bindungsverlust und Verallgemeinerung des Konkurrenzprinzips erfahren wird, so hängt das eng mit wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturveränderungen zusammen, die den „Generationshorizont“ der Heranwachsenden prägen. Jugendliche in den neunziger Jahren sind eben nicht nur „Kinder der Freiheit“, sie sind auch und gerade „Kinder der Globalisierungs- und Standortdebatte“. Sie sind Angehörige eines Generationszusammenhangs, der Massenarbeitslosigkeit als Dauerzustand erlebt und Jugendliche an einer biographischen Nahtstelle mit der Krise des sozialstaatlich regulierten „rheinischen Kapitalismus“ (Michel Albert) konfrontiert. Jugendliche, die heute an der Schwelle zum Berufseintritt stehen, müssen damit rechnen, daß ihre Beiträge zur Rentenversicherung ihnen selbst kein sicheres Alter mehr versprechen. Neuere Untersuchungen belegen denn auch ein dramatisches Anwachsen sozialer Verunsicherung. Laut Jugend '97 halten 45,3 Prozent aller Jugendlichen zwischen 12 und 24 Jahren die Arbeitslosigkeit für das Hauptproblem der Gesellschaft (bei den 22- bis 24jährigen sind es gar 62,5 Prozent). Der Lehrstellenmangel folgt mit 27,5 Prozent bereits an vierter Stelle und liegt damit in der subjektiven Rangliste weit vor Umweltproblemen (10,8 Prozent) oder Fehlern der Politik (8,8 Prozent). Damit ist der ökologische Gesellschaftskonflikt keineswegs unwichtig geworden; bei Problemlagen, die auch die persönliche Zukunft

betreffen, rangiert er an zweiter Stelle der Nennungen. In allen Statusgruppen von der Angst vor Arbeitslosigkeit überlagert, strukturiert er weiterhin das Zukunftsbewußtsein vieler Befragter. Allerdings gehören die „pessimistischen Optimisten“ der achtziger Jahre, engagierte Jugendliche, die die gesellschaftliche Zukunft angesichts globaler Bedrohungen düster, die persönlichen Chancen hingegen günstig beurteilen, der Vergangenheit an. In den neunziger Jahren malt eine relevante Minderheit die eigenen wie auch die gesellschaftlichen Aussichten gleichermaßen schwarz; die große Mehrzahl befragter Schüler und Berufstätiger sieht der Zukunft allenfalls mit gemischten Gefühlen entgegen.⁶

Wie läßt sich das in solchen Daten anklingende Ausmaß sozialer Verunsicherung erklären? Eine naheliegende Antwort ist der objektiv gewachsene Problemdruck. Offiziell ist ca. eine halbe Million junger Leute unter 25 ohne Arbeit. Weit über eine Million Kinder und Jugendliche müssen von Hilfe zum Lebensunterhalt leben. Zwar haben Ausgrenzungsprozesse hierzulande noch nicht jene Dimension erreicht, die in der Debatte um eine „new urban underclass“⁷ thematisiert wird; aber die Gefahr, daß Armut „sich irgendwann einmal niederläßt und verfestigt“⁸, ist nicht von der Hand zu weisen. Die Wiederkehr der Unsicherheit beschränkt sich jedoch nicht auf Erfahrungen mit besonders krassen Formen sozialer Benachteiligung. Vielmehr verbirgt sich hinter der verbreiteten Angst vor Arbeitslosigkeit eine Vielzahl von Ungleichheits- und Ungerechtigkeits Erfahrungen. Nur so läßt sich erklären, weshalb der mit Arbeitslosigkeit verbundene Problemdruck seitens junger Berufstätiger noch stärker artikuliert wird als von den Arbeitslosen selbst.⁹

Das unter Jugendlichen verbreitete Empfinden gesellschaftlich verweigerter Anerkennung besitzt viele, nicht unbedingt in materieller Knappheit wurzelnde Ursachen. Häufig genügt bereits der Eindruck, trotz eines formal höheren Bildungsniveaus nicht mehr den Lebensstandard der Eltern erreichen zu können. Oder man spürt, daß der Abstand zu jenen Mittelschichtenfraktionen größer wird, an denen man sich mit dem eigenen Entwurf vom „guten Leben“ orientiert. In solchen Erfahrungen drückt sich eine grundlegend veränderte Gesamtsituation aus. Arbeiter- und Angestelltengruppen, die ihren sozialen Aufstieg weltmarktorientierten Industrien verdankten, werden in der gegenwärtigen Phase internationaler Restrukturierung zu Objekten „abwertender“ Konkurrenzen und Vergleiche. Vieles an der Globalisierungs- und Standortdebatte mag ideologisch verzerrt sein¹⁰; als Faktum bleibt, daß grenzüberschreitende Konkurrenz für relevante Beschäf-

6 Präzise Daten finden sich in: Münchmeier, R., Die Lebenslage junger Menschen, in: Jugendwerk. S. 277 — 301.

7 Zur Debatte siehe: Kronauer, M., Massenarbeitslosigkeit in Westeuropa: Die Entstehung einer neuen „Underclass“?, in: SOFI (Hrsg.), Im Zeichen des Umbruchs, Opladen 1995, S. 197 - 214, sowie Beiträge in: Bourdieu, E., Das Elend der Welt, Konstanz 1997, bes. S. 169 - 206.

8 Bohle, H. H., Armut trotz Wohlstand, in: Heitmeyer, W. (Hrsg.), Was treibt die Gesellschaft auseinander?, Frankfurt/M. 1997, S. 118 - 155, hier: S. 147.

9 Vgl. Münchmeier, S. 281.

10 Zur Kritik des Globalismus, der Ideologie der Globalisierung, vgl. u. a.: Dörre, K./Elk-Anders/R./Speidel, F., Globalisierung als Option, in: SOFI-Mitteilungen Nr. 26, Göttingen 1997, S. 43 - 70.

tigengruppen zu einer prägenden Alltagserfahrung geworden ist. Die Stärkung marktförmiger Steuerungsmechanismen innerhalb der Unternehmensorganisation, Center-Strukturen, Dezentralisierung von Kostenverantwortung und internes Benchmarking sorgen für eine Verstetigung solcher Konkurrenzbeziehungen im betrieblichen Geschehen. Die Dominanz von an „der kurzen Frist“ orientierten Kostensenkungsstrategien hat längst das duale Berufsbildungssystem erfaßt. Große Unternehmen, deren Beitrag für qualitativ hochwertige Ausbildungsplätze wichtig ist, sind nicht nur daran gegangen, ihre Aus- und Weiterbildungsaktivitäten zu ökonomisieren. In manchen dieser Unternehmen wird daran gedacht, solche Aktivitäten zumindest zeitweilig einzustellen, in einer Reihe von Fällen ist dies bereits Realität.

Das Drohpotential „intensivierter Globalisierung“ (Giddens) erfaßt nicht nur einfache Arbeiter und Angestellte, sondern ebenso - subjektiv vielleicht besonders schmerzlich - qualifizierte Facharbeiter und -angestellte. War die Beruflichkeit der Arbeit lange Zeit eine Quelle von Selbstbewußtsein und die Garantie zumindest bescheidenen Wohlstands, so büßt sie diese Schutzfunktion nun sukzessive ein. Als eine Art Minimalvoraussetzung zur Ausübung halbwegs anspruchsvoller Tätigkeiten in der Wirtschaft verstärkt nachgefragt, ändert die Beruflichkeit der Arbeit nichts daran, daß die gesellschaftliche Wertschätzung des traditionellen Facharbeiterstatus rapide abnimmt. Schon die Tatsache, im internationalen Wettbewerb das „Produzierenddürfen“ rechtfertigen zu müssen, drückt einen Status- und Positionsverlust qualifizierter Beschäftigtengruppen in tragenden Industriezweigen aus - ein relativer Abstieg, der für das Selbstverständnis, für die soziale Identität dieser Beschäftigten nicht folgenlos bleiben kann. Die Rückkehr sozialer Unsicherheit in die Stammebelegschaften muß besonders von jenen Beschäftigtengruppen als harter Einschnitt empfunden werden, deren Erwartungen lange Zeit auf eine kontinuierliche Steigerung des Lebensstandards und die schrittweise Minimierung von Lohnarbeiterrisiken ausgerichtet waren. Nicht minder gravierend ist, daß die Einschränkung beruflicher Chancen unweigerlich mit arbeitsinhaltenlichen und sozialkommunikativen Ansprüchen an Erwerbsarbeit kollidiert, denen besonders jüngere, gut ausgebildete Arbeitskräfte einen hohen Stellenwert zubilligen.

Aus der Perspektive nachwachsender Jahrgänge bedeuten solche - häufig nur dem mikroskopischen Blick zugängliche - Veränderungen eine Verstetigung sozialer Unsicherheit. Nichts spricht dafür, daß sich daran in naher Zukunft etwas ändern wird. Im Gegenteil: Man mag dem Schlagwort „Informationsgesellschaft“ skeptisch begegnen; der Prognose, wonach die fortschreitende Informatisierung Inhalte und Formen der Erwerbsarbeit nachhaltig verändern wird, läßt sich kaum bestreiten. Schon jetzt behaupten Soziologen wie Scott Lash eine „reflexive Transformation“ der Ökonomie. Danach entscheiden im Übergang zum 21. Jahrhundert vor allem substantielle Fähigkeiten zur Informationsverarbeitung und die Art und Weise der Einbindung in die gesellschaftliche Informations- und Kommunikationsstruktur über die

jeweilige soziale Positionierung. Lashs Hypothese, dies werde zu einer Art Gegenindividualisierung, zu einer neuartigen, nicht-traditionalen Klassenspaltung (erweiterte Mittelschicht, reduzierte „reflexive Arbeiterklasse“, neue „abwärtsmobile“ Unterklasse außerhalb der offiziellen Ökonomie) führen¹¹, läßt sich mit Gegenszenarien kontern. Übereinstimmung herrscht jedoch dahingehend, daß neben oder anstelle enger fachlicher Qualifikationen und reinen Faktenwissens künftig Basisqualifikationen wie Abstraktionsfähigkeit, systemisches Denken, Problemlösungskompetenz, Team- und Experimentierfähigkeit über den Zugang zu attraktiven Jobs entscheiden werden.¹² Seitens der Beschäftigten erfordert die Ausübung solcher Fähigkeiten eine Bereitschaft zu lebenslangem Lernen. Der Neigungswinkel individueller Laufbahnen wird immer stärker vom Erwerb kulturellen Kapitals abhängig, was zugleich die in Bildungsprozessen angelegten Selbstzuschreibungen (z. B. Scheitern als individuelles Versagen) verstärkt. Insofern kann - trotz und wegen neuartiger Unsicherheitserfahrungen - von „*beschleunigter Individualisierung*“ gesprochen werden. Wer beim Wettbewerb um Titel und Zertifikate nicht mithalten kann, dem droht hingegen permanente Benachteiligung, im Extremfall sogar dauerhafter Ausschluß aus dem Erwerbssystem. Das meint „*sich verschärfende Ungleichheit*“.

Die subjektive Dimension - (k)ein Weg vom Ich zum Wir?

Wie Jugendliche und junge Erwachsene radikale Unsicherheit bewältigen, vermag gegenwärtig niemand zu prognostizieren. Eines liegt jedoch auf der Hand: Entsolidarisierung ist wesentlich ein Ergebnis von Verhaltenszumutungen, welche die Gesellschaft den Jugendlichen auferlegt. Wenn z. B. junge Versicherungskaufleute lapidar feststellen, es sei einfach „nicht chic“, sich sozial zu verhalten¹³, dann reflektieren sie im Grunde nur, welche Verhaltensweisen in ihrem Umfeld als angemessen und funktional gelten. Zugespißt formuliert: Viele Jugendliche exekutieren durchaus rational und wohlüberlegt jene realen und vermeintlichen Handlungszwänge, die in der Erwachsenenengesellschaft konstruiert werden. Wenn die Konkurrenz in Schule, Beruf und Alltag nicht solidarisch zu steuern ist, dann muß man sie gewinnen! Dies ist der Grund, weshalb der Wunsch nach *Selbstentfaltung* in großen Teilen der jungen Generation in den Willen zur *Selbstbehauptung* und *Selbstdurchsetzung* umgeschlagen ist. Durchaus realistisch konstatieren diese Jugendlichen ihren geringen Einfluß auf die Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft. Sie registrieren Weichenstellungen, die ihre persönliche Zukunft auch und gerade durch Nichtentscheidungen nachhaltig beeinflussen werden, und sie ziehen die Konsequenzen aus dem offenkundigen Partizipationsdefizit - mit Abkehr von den Institutionen, Desinteresse an offizieller Politik und lustbetonter Verweigerung.

11 Lash, S., Reflexivität und ihre Doppelungen, Struktur. Ästhetik und Gemeinschaft, in: Beck, U./Giddens, A./Lash, S., Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse, Frankfurt/M. 1996, S. 195 - 286, hier: S. 199, S. 212 ff.)

12 Reich, R., Die neue Weltwirtschaft, Frankfurt/M. 1993, S. 256 ff.

13 Dörre u. a., Jugendliche Angestellte, S. 168 ff.

Doch verbirgt sich hinter solchen Beschreibungen nicht eine allzu pessimistische Sicht der Dinge? Aus der angelsächsischen Perspektive betrachtet, ist die Bundesrepublik alles andere als eine individualistische, entsolidarisierte Gesellschaft. Der „deutsche Kapitalismus“ erscheint noch immer in vergleichsweise stabile korporative Kompromisse eingebettet, die Unternehmen gelten als kooperativ organisiert und gemeinschaftlich domestiziert.¹⁴ Im europäischen Vergleich wirkt die Jugendarbeitslosigkeit hierzulande niedrig. Nach wie vor gelingt großen Teilen der jungen Generation der Sprung in attraktive Bildungs- und Berufskarrieren. Und beweist nicht die Tatsache, daß man rasch in Arbeitslosigkeit und Armut hineingeraten kann, mehrheitlich aber nach einer Übergangszeit einen individuellen Ausweg aus prekären Lagen findet, die Leistungsfähigkeit der Sozialsysteme? Nach meiner Auffassung belegen solche Argumente vor allem eins: Sie machen einsichtig, weshalb Jugendliche sich an hohen Sicherheitsstandards orientieren, die sie von der Elterngeneration aus einer vergangenen Epoche übernommen haben. Aus der Kluft zwischen subjektiven Erwartungen und widriger Realität speist sich das verbreitete Gefühl sozialer Unsicherheit. Wichtig ist, daß sich die soziale Frage in den neunziger Jahren *trotz* sozialstaatlicher Sicherungen, *trotz* noch immer relativ starker Gewerkschaften, *trotz* weithin akzeptierter demokratischer Verfahren stellt. Dieser Umstand ist gemeint, wenn Anthony Giddens von „hergestellter Unsicherheit“ spricht und auf einen Umbau sozialstaatlicher Sicherungssysteme drängt.¹⁵

Aus Sicht der Jugendlichen macht es wenig Sinn, „hergestellte Unsicherheit“ mit herkömmlichen Formen kollektiven Engagements zu beantworten. Die etablierten Institutionen scheinen unfähig, drängende Zukunftsprobleme wirkungsvoll zu bearbeiten. An der Massenarbeitslosigkeit wirklich etwas zu verändern, traut man weder den Parteien, noch den Gewerkschaften zu. Das ist der Grund, weshalb die ökonomischen und Arbeitsmarkt-Probleme häufig wie ein „Verhängnis“ erlitten werden.¹⁶ Das Aktivitätspotential der Jugendlichen konzentriert sich auf die Suche nach individuellen Auswegen. Dazu paßt, daß Individualisierung zu einer alltagssprachlichen Kategorie geworden ist, mit der die intellektuellen Sprecher der Jugendlichen souverän ihre eigene Situation und die ihrer Altersgenossen beschreiben. Dennoch sind die Jugendlichen der neunziger Jahre keine atomisierten Einzelwesen. In der „Gesellschaft der Altersgleichen“ gibt es die vielfältigsten Versuche, den Übergang vom Ich zum Wir zu bewerkstelligen - sei es in Gestalt berufs- und betriebsbezogener Gruppensolidaritäten oder auf dem Wege subkultureller Stil- und Gemeinschaftsbildung. Vom Ideal einer universalistischen „Arbeitnehmersolidarität“ sind solche konstruierten Kollektive gleichermaßen weit entfernt. Das gilt um so mehr, wenn Gemeinsamkeiten entlang zugeschriebener Merkmale wie Geschlecht oder Ethnie erfolgen.¹⁷ Mit anderen Worten:

14 So Lash, *Reflexive Modernisierung*, S. 213, der sich explizit gegen These vom zwangsläufigen Niedergang des „atlantischen Kapitalismus“ wendet.

15 Giddens, A., *Jenseits von Links und Rechts*, Frankfurt/M. 1997.

16 Münchmeier, *Lebenslage*, S. 294.

„Hergestellte Unsicherheit“ wird von Jugendlichen bevorzugt mit einer Art sozialem Partikularismus beantwortet, bei dem Solidarität nach „Innen“ und Abgrenzung gegenüber „Außen“ in enger Wechselbeziehung stehen. Dies erklärt zugleich, weshalb die *politische Generation der 89er* trotz einer Vielzahl epochaler generationsstiftender Ereignisse eine publizistische Konstruktion Erwachsener¹⁸ geblieben ist, die mit dem Selbstverständnis Jugendlicher kaum etwas gemein hat. Im Vergleich zu den frühen achtziger Jahren erscheint die Jugend der neunziger politisch und kulturell *entpolarisiert*, zugleich aber sozial weniger kohärent und in viele unterschiedliche Gruppen und Gemeinschaften aufgesplittert.

Profil schärfen - die Rolle der Gewerkschaftsjugend

Was bedeutet all dies für das Verhältnis von Jugendlichen und Gewerkschaften? Obwohl man als Wissenschaftler mit Ratschlägen an die Praktiker, die eigentlichen Experten, vorsichtig sein sollte, will ich abschließend einige Überlegungen zur Diskussion stellen. So paradox es klingen mag: Aller Negativtendenzen zum Trotz beinhaltet die Eskalation sozialer Risiken für die Gewerkschaften und ihre Jugendverbände auch eine Chance. Wie keine andere gesellschaftliche Organisation sind die Gewerkschaften gefordert, nach Antworten auf die alten und neuen sozialen Fragen zu suchen. Dabei müssen sie berücksichtigen, daß der aus „hergestellter Unsicherheit“ resultierende Problemdruck die Jugendlichen keineswegs von selbst in die Gewerkschaften treibt. Im Gegenteil: Kollektive Interessen können (nicht nur) im Jugendbereich immer weniger als selbstverständlich vorausgesetzt werden; sie müssen politisch hergestellt, politisch konstruiert werden. So wichtig punktuelle Protestaktionen gegen Lehrstellenmangel und Sozialabbau sein mögen, zur Herstellung politischer Glaubwürdigkeit reichen sie nicht aus. Soll der Brückenschlag zwischen Jugendlichen und Gewerkschaften künftig wieder besser gelingen, so benötigt die Gewerkschaftsjugend vor allem ein klares inhaltliches Reformprofil. Jugendliche und junge Erwachsene suchen Spaß im Engagement; gerade die pragmatische, desillusionierte Mehrheit achtet aber auch auf inhaltliche Kompetenz. Für die Gewerkschaftsjugend heißt das, daß sie nur in dem Maße Ausstrahlung entfalten kann, wie es ihr gelingt, an positiven Lösungen für gesellschaftliche Schlüsselprobleme zu arbeiten - und das zunächst auf ureigensten gewerkschaftlichen Themenfeldern. Dazu drei Vorschläge:

1. Nimmt man den realen Gehalt der Globalisierungsdebatte ernst, so sind Bildung und Ausbildung künftig ein zentrales Politikfeld, auf dem sich individuelle und kollektive Interessen kreuzen. Die Forderung nach einer „zweiten Bildungsreform“ ist inzwischen in aller Munde. Real verkommt diese Debatte aber allzu häufig zu einer reinen Kostendiskussion. Die Lehrstellenmisere ist von einem Teil der politischen und gewerkschaftlichen Jugendverbände mit

17 Am Beispiel der Wiederentdeckung des Islam durch junge, in Deutschland lebende Türken: Heitmeyer, W./Müller, J./Schröder, H., *Verlockender Fundamentalismus*, Frankfurt/M. 1997.

18 Exemplarisch: Leggewie, C., *Die 89er. Porträt einer Generation*, Hamburg 1995.

der Forderung nach einer Umlagefinanzierung beantwortet worden. So wichtig die Finanzierung des Ausbildungswesens ist; der Reformbedarf geht weit über das Finanzierungsproblem hinaus. Was sind zukunftsfähige Qualifikationen? In welchen Formen sollen sie angeeignet werden? Wie könnten Schulen und Ausbildungseinrichtungen aussehen, die Teamarbeit, Problemlösungsfähigkeit und Mut zum Experimentieren fördern? Und nicht zuletzt: Wie läßt sich der Anspruch auf „Bildung für alle“ in Zukunft garantieren?

2. Die Lebensphase Jugend bezieht ihren Sinn wesentlich aus Versprechen auf die Zukunft. Massenarbeitslosigkeit und Krise der sozialen Sicherungssysteme drohen diesen Sinn zu untergraben. Daraus ergibt sich zwangsläufig die Frage nach Sicherungssystemen, die auch künftig allen Heranwachsenden ein „Leben vor der Arbeit“ ermöglichen. Wie kann ein zukunftsfähiger Generationenvertrag aussehen? Wie steht der Gewerkschaftsnachwuchs zur Forderung nach einer sozialen Grundsicherung für alle? Was kann bürger nahe sozialstaatliche Sicherheit künftig für Jugendliche und junge Erwachsene heißen; welche Rechte und Pflichten sollen damit verbunden sein?

3. Alle entwickelten Industriegesellschaften zeichnen sich gegenwärtig durch eine in der Alterspyramide, aber auch in ungleich verteilten Partizipationschancen materialisierte Dominanz der Älteren über die Jüngeren aus. Das begünstigt an kurzfristig-taktischen Kalkülen ausgerichtete Entscheidungen, die über die Köpfe der Jugendlichen hinweg getroffen werden. Von diesem Trend ist keine Organisation, sind auch Betriebsräte und Gewerkschaften nicht ausgenommen. Betriebliche Interessenkonflikte um Ausbildung und Weiterbeschäftigung sind dafür ein Lehrbeispiel. Wie können Jugendliche und junge Erwachsene angesichts solcher Verriegelungen überhaupt wirkungsvoll politisch intervenieren? Welche Aktionen und Organisationsformen sind dazu nötig und sinnvoll?

Die Liste der Fragen ließe sich erweitern. Doch schon die angerissenen Themen mögen verdeutlichen, daß eine Bearbeitung die Konzentration von Kräften und Köpfen erforderlich macht. Die künstliche Bewahrung von Gegensätzen, die ihren Ursprung in organisationsinternen Konflikten der siebziger Jahre haben, ist für ein solches Vorhaben überflüssig wie ein Kröpf Innerhalb der Gewerkschaften kommt es darauf an, den Jugendlichen überhaupt wieder eine Stimme zu verschaffen, die auch in der Gesellschaft Gehör findet. Wie immer man die Juso-Forderung „Wer nicht ausbildet, wird umgelegt“ oder den keineswegs kompatiblen Vorstoß junger Grüner zur Reform des sozialen Sicherungssystems bewerten mag - beide Initiativen erzielten politische Wirkung, weil Teile des jeweiligen Parteiestablishments öffentlich und mit medialer Wirkung herausgefordert wurden. Aus solchen Beispielen kann die Gewerkschaftsjugend lernen. Spannungen zwischen Jugendlichen und Erwachsenengeneration sind unvermeidlich, weil sie in realen Interessenunterschieden wurzeln. Im Bemühen, Gegensätze sachlich und mittels demokratischer Verfahren auszutragen, liegt die eigentliche Herausforderung für eine lebendige Organisation, die die Schlüsselfrage „Was nützen Gewerkschaften den Jugendlichen“ überzeugend beantworten will.